

**Stadt Braunschweig**  
Der Oberbürgermeister

**Protokoll**

**Sitzung des Ausschusses für Integrationsfragen**

---

**Sitzung:** Mittwoch, 10.05.2017

**Ort:** Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

**Beginn:** 15:00 Uhr

**Ende:** 16:47 Uhr

---

**Anwesend**

**Mitglieder**

Herr Thorsten Wendt - CDU

Frau Anneke vom Hofe - AfD

Herr Dr. Helmut Blöcker - B90/GRÜNE

Vertretung für: Frau Christiane Jaschinski-Gaus

Herr Dr. Dr. Wolfgang Büchs - BIBS

Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD

Frau Annette Johannes - SPD

Vertretung für: Frau Annette Schütze

Herr Uwe Jordan - SPD

Vertretung für: Herrn Nils Bader

Herr Thorsten Köster - CDU

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Frau Tanja Pantazis - SPD

Frau Anke Schneider - DIE LINKE.

Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P2

Herr Chaouki Ben Attia -

Herr Ishak Demirbag -

Frau Cihane Gürtas-Yıldırım -

Herr Adama Logosu-Teko -

Frau Jolanta Obojska -

Frau Zeynep Samut-Hlubek -

Frau Nina Trbojevic-Schlüter -

Frau Rabea Wölk -

Frau Zerrin Öznur -

**Verwaltung**

Frau Dr. Andrea Hanke - Dezernentin V

Frau Gertrud Raßler-Large - Verwaltung

**Abwesend**

## **Mitglieder**

Herr Nils Bader - SPD	entschuldigt
Frau Lisa-Marie Jalyschko - B90/GRÜNE	entschuldigt
Frau Annette Schütze - SPD	entschuldigt
Herr Mathias Möller - FDP	entschuldigt
Frau Cristina Antonelli-Ngameni -	entschuldigt
Frau Mariam Yussef -	entschuldigt

## **Verwaltung**

Herr Martin Klockgether -	entschuldigt
---------------------------	--------------

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil:**

- 1 Genehmigung der Tagesordnung
- 2 Genehmigung der Niederschrift vom 22. Februar 2017
- 3 "Prävention politisch motivierter Kriminalität"  
Berichterstattung: Präventionsteam der Polizeiinspektion Braunschweig
- 4 Anträge
  - 4.1 Keine Diskriminierung bei Einlasskontrollen 17-04017
  - 4.1.1 Keine Diskriminierung bei Einlasskontrollen 17-04017-02
- 5 Mitteilungen
  - 5.1 Frauen BUNT e.V., Verein i. G. 17-04446
  - 5.2 Bundesprogramm Demokratie leben! - Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit - Sachstand April 2017 17-04447
- 6 Berichte aus den Arbeitsgemeinschaften in der Migrationsarbeit, aus den Begegnungsstätten, internationalen Vereinen und Gruppierungen
- 7 Anfragen
  - 7.1 Wie viele Moscheen existieren in Braunschweig? Wird dort auf Deutsch gepredigt? 17-04407
  - 7.1.1 Wie viele Moscheen existieren in Braunschweig? Wird dort auf Deutsch gepredigt? 17-04407-01
  - 7.2 Kultursensible Pflege 17-04449

7.2.1	Kultursensible Pflege	17-04449-01
7.3	Umsetzungsstand des Integrationskonzeptes	17-04452
7.3.1	Umsetzungsstand des Integrationskonzeptes	17-04452-01
7.4	Vorkommnisse in der Braunschweiger DITIB-Moschee	17-04451
7.4.1	Vorkommnisse in der Braunschweiger DITIB-Moschee	17-04451-01
7.5	Rechtliche Visa-Situation der "Gastarbeiter-Generation"	17-04450
7.5.1	Rechtliche Visa-Situation der "Gastarbeiter-Generation"	17-04450-01

## **Protokoll**

### **Öffentlicher Teil:**

#### **1. Genehmigung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Herr Wendt auf das multikulturelle Fest "Braunschweig International 2017" hin. Es findet am Samstag, den 20. Mai 2017 zum 37. mal auf dem Kohlmarkt statt. Ausnahmsweise fällt die Veranstaltung in diesem Jahr nicht auf den ersten Samstag im Juni, da am 26. Mai 2017 der Ramadan beginnt. Über 40 Vereine und Institutionen werden auf der Bühne und an Ständen künstlerische Beiträge, Kultur- und Vereinsarbeit vorstellen. Oberbürgermeister Markurth wird das Fest um 11 Uhr eröffnen.

Im Anschluss an die Sitzung wird der Aufklärungsfilm RADIKAL der Hessischen Landesregierung gezeigt, der über die drei Phänomenbereiche "Rechtsextremismus", "Islamismus/Salafismus sowie "Linksextremismus" aufklärt.

Die Tagesordnung wird genehmigt.

#### **Abstimmungsergebnis: 11 dafür (einstimmig)**

#### **2. Genehmigung der Niederschrift vom 22. Februar 2017**

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

**Die Niederschrift wird genehmigt.**

#### **Abstimmungsergebnis: 7 dafür 0 dagegen 4 Enthaltungen**

#### **3. "Prävention politisch motivierter Kriminalität"**

**Berichterstattung: Präventionsteam der Polizeiinspektion Braunschweig**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Vorsitzende POK'in Claudia Czerwinski und POK Oliver Heyms, die den Präventionsbereich der politisch motivierten Kriminalität der Polizeiinspektion Braunschweig vorstellen (s. Anlage) und durch folgende mündliche Erläuterungen ergänzen:

Immer wieder gibt es Meldungen von Jugendlichen die sich radikalisieren, sich dem Islamischen Staat anschließen. Im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Präventionsarbeit ist die Polizei ein gefragter Partner, um für die Gefahren von Extremismus und "Politisch Motivierter Kriminalität" (PMK) zu sensibilisieren und junge Menschen vor Radikalisierung zu bewahren. Gerade im Hinblick auf rechtsextreme und zunehmend auch islamistische Bestrebungen gewinnt eine zukunftsweisende, zielgerichtete und spezialisierte Präventionsarbeit der Sicherheitsbehörden stark an Bedeutung. Prävention in den Schulen (z.B. Vorträge) ist enorm wichtig. Es ist unabdingbar darüber aufzuklären, wie die Jugendlichen geködert werden, ob nun aus dem linken, dem rechten oder dem religiösen Spektrum. Der Braunschweiger Präventionsrat und der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie werden in die Arbeit stark mit eingebunden.

Die Mitglieder des Ausschusses schlagen vor, sich in einer der nächsten Sitzungen, unter Hinzuziehung der Polizei Braunschweig, mit dem Thema "Rechtsextremismus" zu beschäftigen.

#### 4. Anträge

##### 4.1. Keine Diskriminierung bei Einlasskontrollen

17-04017

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Vorsitzende Stadtrat Claus Ruppert.

Zunächst trägt Ratsfrau Schneider den Antrag 17-04017 "Keine Diskriminierung bei Einlasskontrollen" vor, in dem Die Linksfaktion fordert, dass die Stadt kontrollieren möge, ob an den Eingängen der Clubs Menschen mit Migrationshintergrund diskriminiert werden. Sie lobt die Vorgehensweise der Stadt Braunschweig, hält aber an ihrem Antrag fest.

Herr Ruppert weist auf die schriftliche Stellungnahme 17-04017-02 zu diesem Antrag hin und erklärt ergänzend, daß sich die Kontrollen nicht nur auf die Diskothek Schwanensee bezogen haben, sondern alle Braunschweiger Diskotheken in den Blick genommen wurden. Im Übrigen sei es korrekt, dass in vier von sechs Testdurchläufen die zwei von vier Testpersonen mit deutlich erkennbarem Migrationshintergrund scheinbar ohne sachlichen Grund an der Tür abgewiesen wurden.

Die Verfahren gegen die Clubbesitzer seien noch nicht abgeschlossen, Ergebnisse lägen somit nicht vor. Nach Auswertung der Ergebnisse werden diese dem Ausschuss für Integrationsfragen mitgeteilt. Inzwischen seien mit der Dehoga und den betroffenen Gastronomen offene und konstruktive Gespräche geführt worden. Die Clubbesitzer hätten den Eindruck vermittelt, die Gesetze und Vorgaben einhalten zu wollen. Auf jeden Fall habe die Testaktion der Stadt die Clubbesitzer sichtlich sensibilisiert. In gebührendem Abstand werde die Stadt die Kontrollen wiederholen. Sollten Bußgelder verhängt werden, werde das allerdings wohl nicht in der Größenordnung des Höchstsatzes von 10.000 Euro geschehen. Bei der Verhängung eines Bußgeldes müsse die Verhältnismäßigkeit gewahrt bleiben. Für die Ratsmitglieder der anderen Parteien hat sich der Antrag durch das Handeln der Verwaltung inzwischen erledigt.

Der Antrag auf passieren lassen wird wie folgt abgestimmt:  
dafür: 1      dagegen: 9      enthalten: 1

Anmerkung: Ratsherr Dr. Büchs nimmt aus Protest nicht an der Abstimmung teil.

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, innerhalb der nächsten 6 Monate Tests in den Braunschweiger gastronomischen Betrieben und Diskotheken durchzuführen. Ziel dieser Tests soll es sein,

die Einhaltung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG, §19), in Verbindung mit dem Niedersächsischen Gaststättengesetzes (NGastG, §11 (1) Satz 14, §11 (2)) zu überprüfen. Bei den geplanten Tests ist insbesondere die Diskothek „Schwanensee“ zu berücksichtigen. Verstöße gegen das Diskriminierungsverbot sind mit dem gesetzlich festgelegten Bußgeld von bis zu 10.000 Euro zu ahnden. Bei fortgesetzten Verstößen ist eine Gewerbeuntersagung zu prüfen. Nach Durchführung der Test sollen den Ratsgremien die Ergebnisse mitgeteilt werden.

Abstimmungsergebnis:  
dafür: 1      dagegen: 9      enthalten: 0

#### **4.1.1. Keine Diskriminierung bei Einlasskontrollen**

**17-04017-02**

Die Stellungnahme 17-04017-02 wird zur Kenntnis genommen.

### **5. Mitteilungen**

#### **5.1. Frauen BUNT e.V., Verein i. G.**

**17-04446**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Anhand der angefügten Powerpoint-Präsentation erläutern die 1. Vorsitzende, Frau Imrie Shashivari und ihre Stellvertreterin Frau Katarzyna Stute, die Gründung, Ziele, Aufgaben und den vorläufigen Finanzierungsplan von Frauen BUNT e.V., i.G. .Für die breitgefächerten Aktivitäten, die die Frauen - entsprechend ihren Zugängen und Kompetenzen - zur Umsetzung ihrer Ziele entwickeln möchten, benötigen sie einen Treffpunkt als Plattform.

Frau Dr. Hanke merkt an, daß die Entwicklung interkultureller Initiativen und Netzwerke, die die Unterstützung von Neuzuwanderern durch etablierte gesellschaftliche Gruppen ermöglichen, für die Integrationsarbeit in Braunschweig insgesamt von großer Bedeutung sei. Die Nutzung der ehemaligen Räumlichkeiten des Kulturvereins Gökkusagi e.V. ist entscheidend um die wichtige Rolle von Frauen BUNT e.V., Verein i.G. bei der Integrationsarbeit zu unterstützen.

Die Mitglieder des Ausschusses für Integrationsfragen befürworten die Zielsetzung des Vereins, der die Interessen von Migrantinnen und weiblichen Geflüchteten besonders in den Blick nimmt und die integrativen Bemühungen für Frauen in Braunschweig insgesamt stärken will, um so ein Signal für die chancengerechte Teilhabe gerade dieser wichtigen gesellschaftlichen Zielgruppe zu setzen.Sie sprechen sich dafür aus, den in 2017 zur Verfügung stehenden Mietzuschuss für Gokkusagi e.V. für die Übernahme der Miete von Frauen BUNT e.V., Verein i.G. bereitzustellen.

#### **5.2. Bundesprogramm Demokratie leben! - Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit - Sachstand April 2017**

**17-04447**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

### **6. Berichte aus den Arbeitsgemeinschaften in der Migrationsarbeit, aus den Begegnungsstätten, internationalen Vereinen und Gruppierungen**

Herr Dr. Büchs zeigt die Probleme des "Welcome House ART Kurve" auf, die sich aus der

späten Genehmigung des Haushaltes 2017 ergeben haben und fragt grundsätzlich nach der Möglichkeit einer Vorschusszahlung für Miete etc..

Frau Dr. Hanke erläutert, dass im Zuge der vorläufigen Haushaltsführung auch Auszahlungen an Dritte zur Fortführung einer Einrichtung geleistet werden dürfen, wenn die Stadt in der Vergangenheit bereits ein besonderes Interesse geäußert hat und wenn ohne diese Auszahlung der Bestand der Einrichtung ernsthaft gefährdet wäre.

Diese Auszahlungen sind bis zur Rechtswirksamkeit der Haushaltssatzung und der Freigabe des Haushaltes 2017 lediglich in Form einer Abschlagszahlung zu leisten.

## 7. Anfragen

**7.1. Wie viele Moscheen existieren in Braunschweig? Wird dort auf Deutsch gepredigt?** 17-04407

Die Anfrage wird mit der Stellungnahme 17-04407-01 beantwortet.

**7.1.1. Wie viele Moscheen existieren in Braunschweig? Wird dort auf Deutsch gepredigt?** 17-04407-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**7.2. Kultursensible Pflege** 17-04449

Die Anfrage wird mit der Stellungnahme 17-04449-01 beantwortet.

**7.2.1. Kultursensible Pflege** 17-04449-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**7.3. Umsetzungsstand des Integrationskonzeptes** 17-04452

Die Anfrage wird mit der Stellungnahme 17-04452-01 beantwortet.

**7.3.1. Umsetzungsstand des Integrationskonzeptes** 17-04452-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**7.4. Vorkommnisse in der Braunschweiger DITIB-Moschee** 17-04451

Die Anfrage wird mit der Stellungnahme 14-04451-01 beantwortet.

**7.4.1. Vorkommnisse in der Braunschweiger DITIB-Moschee** 17-04451-01

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

**7.5. Rechtliche Visa-Situation der "Gastarbeiter-Generation"****17-04450**

Die Anfrage wird mit der Stellungnahme 14-04450-01 beantwortet.

**7.5.1. Rechtliche Visa-Situation der "Gastarbeiter-Generation"****17-04450-01**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Wendt  
gez.

Ausschussvorsitzender

Dr. Hanke  
gez.

Dezernentin

Raßler-Large  
gez.

Schriftührerin